

Früheres Spital bietet vielfältiges Wohnen

Quartierzentrum Die Genossenschaft «Wohnen und mehr» hat ein erstes Baugesuch für das Westfeld eingereicht. Insgesamt sollen drei Projekte auf dem ehemaligen Felix-Platter-Areal realisiert werden.

Urs Rist

Das ehemalige Felix-Platter-Spital soll in 134 Wohneinheiten auf neun Geschossen sowie Dienstleistungs- und Gewerbenutzungen im Erdgeschoss umgebaut werden. Dafür hat die Genossenschaft «Wohnen und mehr» ein Baugesuch eingereicht, das bis zum 15. Februar beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat aufliegt. Es bildet das erste von drei Projekten für das Areal, das heute Westfeld heisst.

Die Baukosten für dieses Teilprojekt werden auf 56 Millionen Franken beziffert. Die beiden anderen Teile werden Neubauten in zwei Etappen umfassen. Insgesamt sollen 530 Wohnungen entstehen, wie die Genossenschaft schon im April 2019 an einer Orientierung mitteilte. Das neue Spital wurde im April 2019 in der Nordwestecke des Areals mit 280 Betten eröffnet.

Das vor 53 Jahren vollendete frühere Hauptgebäude des Spitals ist vom Regierungsrat 2016 unter Schutz gestellt worden. Er hat damals eine Vereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Basel und dem Heimatschutz Basel sowie der Freiwilligen Denkmalpflege zur Entwicklung gemeinnützigen Wohnungsbaus genehmigt. Auf den 1. Juli 2019 hat der Kanton der Genossenschaft «Wohnen und mehr» das Hauptgebäude und eine Fläche von 35000 Quadratmetern im Baurecht überlassen. Sie hat dem Haus den Namen Lena gegeben, was lebenswerte Nachbarschaft bedeutet.

Alterswohnungen mit Service

Auf den neun Obergeschossen des Hauptgebäudes soll eine breite Vielfalt von Wohnungen entstehen, wie eine Übersicht der Architektengemeinschaft Müller Sigrist Rapp aufzeigt. Die grössten Anteile entfallen auf solche mit zweieinhalb, drei und dreieinhalb Zimmern, insgesamt rund 60 Einheiten.

Die Dreieinhalbzimmerwohnungen sind meist zwischen 80 und 90 Quadratmeter gross, in den obersten Geschossen umfassen sie zum Teil 118 und 128 Qua-



Im ungenutzten Spitalgebäude entsteht ein Quartierzentrum für Basel-West mit Kindergarten und -krippe. Visualisierung: Wohnen und mehr/nightnurse images

dratmeter. Auch die elf Einheiten mit viereinhalb Zimmern haben meist Grössen von 100 bis 128 Quadratmetern. Vorgesehen sind aber auch Wohnungen mit einem Zimmer bis sechseinhalb Zimmer.

Im zweiten Obergeschoss entsteht eine Clusterwohnung mit fünf Wohneinheiten, das sind fünf Kleinwohnungen zu einem oder zwei Zimmern mit individueller Nasszelle und Kochnische sowie gemeinsam genutztem Wohnzimmer. Diese

11,5 Zimmer haben eine Fläche von 367 Quadratmetern. Im dritten Obergeschoss sind 17 Kleinwohnungen mit einem oder zwei Zimmern für ältere Personen vorgesehen. Dazu gehören gemeinschaftliche Wohn- und Essräume sowie ein Mahlzeiten- und Wäscheservice. Diese Räume werden vom Bürgerspital gemietet und weitervermietet.

Bezug ab Winter 2022

Im ungenutzten Spitalgebäude entsteht ein Miteinanderhaus,

ein Quartierzentrum für Basel-West, schreibt Andreas Courvoisier, Vizepräsident von «Wohnen und mehr». So sind im Erdgeschoss ein Kindergarten mit Tagessstätte sowie eine Kinderkrippe vorgesehen, im Ostflügel zwei Mehrzwecksäle und kleinere Räumlichkeiten, die von den Bewohnern gemietet werden können. Ebenfalls zugemietet werden können Co-Working-Räume, zwei Gästewohnungen und sieben Gästezimmer im ersten Obergeschoss.

Weiter sollen im Erdgeschoss gegen den Innenhof des Areals ein Detailladen, voraussichtlich von Denner, ein Fitnessraum und ein Bistro Platz finden. Eine neue Tiefgarage mit rund 200 Plätzen soll zusammen mit den nördlich des Hauptgebäudes geplanten Neubauten erstellt werden, für die ein separates Baugesuch eingereicht wird.

Der Baubeginn ist laut Andreas Courvoisier im Sommer 2020, der Bezug ab Winter 2022 vorgesehen.

Basel plant ein «Bedrohungsmanagement» zur Verhinderung von Gewalt

Vernehmlassung Die Revision des Polizeigesetzes soll mehr Prävention und eine bessere Zusammenarbeit zwischen Behörden erlauben.

Wer bei den Behörden durch sein Verhalten den Verdacht erweckt, er könnte – sei es wegen eines privaten Konflikts oder eines Streits mit einer staatlichen Instanz – demnächst ausflippen und gezielte, schwere Gewalt anwenden, soll in Basel-Stadt ins Visier einer neuen Behörde geraten.

Diese «Fachstelle für Bedrohungsmanagement» soll einen rein präventiven Ansatz verfolgen. Sie nimmt Meldungen von amtlichen oder privaten Institutionen – zum Beispiel über häusliche Gewalt, psychisch gestörte Personen oder gewaltbereite Extremisten – entgegen. Anschliessend analysiert sie Risikofaktoren und bietet potenzielle Gefährder zum Gespräch auf. Mögliche Opfer sollen von

der Fachstelle ebenfalls Unterstützung erhalten.

Es ist geplant, die Fachstelle bei der Kantonspolizei Basel-Stadt anzusiedeln. Sie umfasst sieben Stellen und würde jährlich 1,6 Millionen Franken kosten. Der Regierungsrat hat am Donnerstag einen entsprechenden Vorschlag zur Teilrevision des Polizeigesetzes bis am 31. März in die Vernehmlassung geschickt.

Zahlreiche Institutionen

Heute gibt es bereits eine Vielzahl von Instanzen, die sich mit Gewaltprävention befassen. Die Regierung erwähnt in ihrem Ratsschlag zuhanden des Grossen Rates unter anderem den Dienst Prävention der Kantonspolizei. Dieser bietet «Trainings zu

Gewalt- und Konfliktlösung an Schulen oder Weiterbildungen für Lehrpersonen und Vereine» an. Er betreibt zudem die «Anlaufstelle Radikalisierung».

Die «Jugend- und Präventionspolizei» führt «Gespräche mit Jugendlichen, die Hinweise auf eine Entwicklung hin zur Straffälligkeit anzeigen». Der Sozialdienst der Kantonspolizei berät Einwohner und private Institutionen «bei Fragestellungen zur Gefahrenabwehr und Gefahren einschätzung».

Im Rahmen des «Community Policing» kann die Polizei im Quartier «deeskalierend bei Konflikten intervenieren, Anfragen beantworten oder bei Problemen an die richtige Stelle triagieren».

Ferner existiert im Generalsekretariat des Justiz- und Si-

cherheitsdepartements ein Fachreferat für die Themen «häusliche Gewalt und Opferhilfe». Zu seinen Aufgaben gehört die «Vernetzung staatlicher und privater Akteure». Die Bewährungshilfe des Kantons Basel-Stadt kann bei häuslicher Gewalt intervenieren und Gewaltberatung anbieten. Hilfe leisten auch private Organisationen wie die Stiftung Frauenhaus beider Basel, das Männerbüro Region Basel, die Fachstelle Zwangsheirat oder die Opferhilfe beider Basel.

Problem Datenschutz

Warum also braucht es überhaupt eine «Fachstelle für Bedrohungsmanagement»? Weil die heute tätigen Instanzen «aus Datenschutzgründen kaum fallbezogen zusammenarbeiten

können», argumentiert der Regierungsrat. Innerhalb der Verwaltung fehlten «gegenseitige Melde- und Auskunftsrechte, nicht zuletzt für Fachpersonen im Gesundheitswesen».

Es mangle auch an «gesetzlichen Grundlagen, um Risikoanalysen durchzuführen und situationsspezifisch präventive Massnahmen zu ergreifen und zu koordinieren».

Das geltende Polizeigesetz erlaube den Ordnungshütern zwar eine «generell präventive» Tätigkeit, schreibt die Regierung. Es genüge aber nicht «für das Bearbeiten von besonderen Personendaten». Weil die Behörden heute «kein Gesamtbild der Bedrohungslage» erstellen könnten, seien Gefahren nur «partiell» erkennbar.

Nachrichten

Zwei Wirte schmuggeln 3,5 Tonnen Fleisch ein

Basel Länger als über die Spanne eines ganzen Jahres, zwischen März 2018 und Mai 2019, sollen zwei Wirte illegal Fleisch aus Deutschland in die Schweiz eingeführt haben – insgesamt rund 3,5 Tonnen. Das Fleisch verarbeiteten sie in ihrem Restaurant. Bei der 28. Fahrt wurden sie bei einer Kontrolle im Raum Basel erwischt, so die Eidgenössische Zollverwaltung am Donnerstag. Das Treiben kommt die Wirte teuer zu stehen. Sie müssen die hinterzogenen Abgaben, rund 80000 Franken, nachbezahlen. (sda)

Weniger Rayon- und Stadionverbote 2019

Basel Gegen Fussballfans sind 2019 in Basel markant weniger Rayon- und Stadionverbote ausgesprochen worden als im Vorjahr. Wurden 2018 noch 24 Rayonverbote verhängt, waren es 2019 nur noch deren 10. Die Zahl der vom FC Basel angeordneten Stadionverbote sank von 29 auf 7. Rückläufig waren mit je 150000 Franken auch die durchschnittlichen Gesamtkosten der Kantonspolizei Basel-Stadt für die Heimspiele des FC Basel, wie das Justiz- und Sicherheitsdepartement Basel-Stadt am Donnerstag mitteilte. (sda)

Bevölkerungswachstum verlangsamt sich

Basel Im Kanton Basel-Stadt hat sich das Bevölkerungswachstum im letzten Jahr verlangsamt: Die Einwohnerzahl stieg 2019 um 151 auf 200407 Personen an. Das entspricht laut Statistischem Amt einem Plus von 0,1 Prozent. In den Jahren 2015 bis 2018 waren es noch 0,4 bis 0,6 Prozent. (sda)

Kostenlose Hilfe von unabhängigen Ärzten

Basel Ab dem 29. Januar gibt es in Basel die Möglichkeit, sich gratis und in Café-Atmosphäre von Fachpersonen bei medizinischen Entscheidungen beraten zu lassen. Dies bei unabhängigen Allgemein- oder Fachärzten, die im Rahmen des «Amm Café Med» agieren. Die Akademie Menschenmedizin (Amm), die das Projekt initiiert, will den Service wegen der zunehmenden Kommerzialisierung im Gesundheitswesen anbieten – jeweils einmal pro Monat im «Restaurant am Aeschenplatz». Der erste Termin ist am 29.1., 14–17 Uhr. (red)

Ob die geplante Fachstelle ihre Arbeit je aufnehmen wird, ist offen. Erst das Echo aus der Vernehmlassung wird zeigen, ob das Vorhaben politisch mehrheitsfähig ist. Allerdings haben sich Bund, Kantone, Städte und Gemeinden bereits auf einen nationalen «Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus» geeinigt.

Dabei haben sie vereinbart, ein kantonales Bedrohungsmanagement einzuführen. Basel-Stadt gehört mit Uri, Appenzell Innerrhoden, Obwalden, Nidwalden und Graubünden zu den einzigen Kantonen, die noch keine entsprechende Fachstelle ins Leben gerufen haben.

Martin Furrer

Basler Zeitung
Freitag, 24. Januar 2020

Wessels argumentiert, als gäbe es keine Einsprachen gegen die Rheinterrassen

Bauprojekt In einem Schreiben an die Regiokommission und an ausgewählte Ratsmitglieder versuchte der Baudirektor die Meinung des Parlaments zu beeinflussen. Darin begründet er, weshalb das Projekt seine Berechtigung hat. Die Einsprecher sind irritiert.

Franziska Laur

Es war eine emotionale Debatte im Grossen Rat: «Das Projekt ist unausgegoren», sagte Tonja Zürcher zum Projekt Rheinterrassen bei der mittleren Brücke. Es verletze den Lebensraum von Fauna und Flora. Für sie wäre es sinnvoller gewesen, wenn man die juristische Beurteilung abgewartet hätte, bevor das Parlament den Segen dazu gibt.

Diese Beurteilung hat Regierungsrat Hans-Peter Wessels schon vorweggenommen. Er hat die Regiokommission und das Grüne Bündnis mit einem geheimen Schreiben versorgt, indem er Argumente zur Ablehnung der Einsprachen gegen das Projekt aufführte.

So wurden am vergangenen Mittwoch im Grossen Rat die knapp 400000 Franken für die neuen Terrassen aus Holz am Kleinbasler Rheinufer mit 64 Ja gegen 19 Nein bei 8 Enthaltungen bewilligt. Thomas Müry (LDP) hatte in der Ratsdebatte am Mittwoch Rückweisung beantragt. Er sei zwar ursprünglich für das Projekt gewesen. Im Gespräch mit diversen Gruppierungen und Anwohnern habe er jedoch seine Meinung geändert. «Wenn so eine Front aufgebaut

wird, dann steckt mehr dahinter», sagte er. Die Rückweisung wurde abgelehnt.

Undemokratischer Prozess?

Wäre es nicht fairer und demokratischer gewesen, wenn man zuerst den juristisch-fachlichen Entscheid auf der Einspracheebene abgewartet hätte und dann mit dem Projekt in den Grossen Rat gekommen wäre? «Nein, ganz im Gegenteil!», wehrt sich Wessels. Üblicherweise entscheide der Grosse Rat zuerst über den Kredit. Erst dann werde das Bauprojekt erarbeitet und das Baugesuch publiziert. Üblicherweise sei der politische Prozess längst abgeschlossen, wenn die Einsprachen behandelt würden.

Und auch dass er mit einem Mail Stimmung für das Projekt macht, findet er durchaus normal: «Es gehört zu den Kernaufgaben der Regierung, Überzeugungsarbeit bei den Mitgliedern des Grossen Rates zu leisten.» Es sei doch selbstverständlich, dass er sich zu den neu aufgetauchten Argumenten gegen die Rheinterrassen äussern müsse und aufzuzeigen habe, weshalb diese nicht stichhaltig sind. Allerdings haben nicht alle Ratsmitglieder dieses Mail erhalten,



Die geplanten Bauten am Kleinbasler Rheinufer bestehen aus einer abgestuften Holzterrasse auf einer Länge von 28 Metern, einer Holzplattform und aus vier Blockbänken.

und es wurde auch nicht öffentlich gemacht.

Wessels versucht in seinem Schreiben, die Argumente der Einsprecher zu entkräften: Die Rheinterrassen würden ja gar nicht in einer Naturschonzone zu liegen kommen, schreibt er beispielsweise. Jost Müller, Geschäftsleiter WWF Region Basel,

wundert sich, nachdem er von der BaZ auf die Argumente aufmerksam gemacht worden ist: «Damit nimmt Wessels die Abweisung unserer Beschwerde ja schon voraus.» Der WWF habe auch nie behauptet, dass es Naturschonzone sei. Doch sie sei im Inventar der schützenswerten Naturobjekte aufgeführt.

«Wir haben schon beim Rheinbühli Breite Einsprache erhoben. Damals hat man uns zugesichert, dass es eine einmalige Sache sei, da die Rekonstruktion des Rheinbades absolut standortnotwendig sei», sagt Müller. Jetzt folge quasi auf dem Fuss nochmals ein für die Natur und das Rheinbord einschneidendes

Projekt. Kritisiert hat der WWF unter anderem auch, dass keine rechtsverbindlichen Pläne aufgelegt sind.

Von temporär zu dauerhaft

Tonja Zürcher, die im Grossen Rat ebenfalls für die Rückweisung plädiert hat, ist der Meinung, dass in der Bewilligung klar festgehalten sein muss, wann die Terrassen wieder abgebaut werden. Und da die Gefahr bestehe, dass sie länger als die prognostizierten Jahre stehen blieben, müsse das Projekt angepasst und redimensioniert werden.

Dass es kein temporäres Projekt wird, befürchten auch Einsprecher aus der Anwohnerschaft. Allein die Materialisierung lasse darauf schliessen, dass es dauerhaft bestehen soll. Sie hegen auch den Verdacht, dass das Projekt gar nicht von der Internationalen Bauausstellung (IBA) initiiert worden ist, sondern von Timo Krattiger, Initiator des sommerlichen Festivals «Floss». Dafür spricht, dass er in den Medien tüchtig die Werbetrommel für das Projekt geschlagen hat. Anwohner berichten, dass der «Floss-Kapitän» stolz erzähle, das IBA-Projekt «sei auf seinem Mist gewachsen».

Kanton kontrolliert Firmen gleich zweimal, ob Lohngleichheit eingehalten wird

Gleichstellung Der Kanton Basel-Stadt will im Bereich Lohngleichberechtigung ein weiteres Kontrollinstrument installieren. Die Regierung hat am Donnerstag mitgeteilt, dass die Behörden Unternehmen, die bei einer Beschaffung eine Offerte einreichen und dann den Zuschlag erhalten, überprüfen sollen, ob sie die Lohngleichheit für Mann und Frau einhalten. «Fehlbaren Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, in einer angemessenen Frist Korrekturen vorzunehmen», so das Präsidialdepartement – 12 Monate haben die Firmen dann Zeit, die Lohngleichheit zu erfüllen. «Danach können Sanktionen ausgesprochen werden.» Zuständig für die Kontrollen soll die Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern mit der Leiterin Leila Straumann sein.

Gelernt ist gelernt

Dass Strouppi jeweils Anfang Februar ihre Heimatstadt Basel besucht, hat natürlich seinen Grund: Es ist die Fasnacht. Seit Jahren steht sie bei der von ihr mitgegründeten alten Garde der Basler Rolli ein, früher als Tambourmajorin, heute im Vortrab. Diesmal musste sie wegen der Charivari-Proben bereits Anfang Januar anreisen. Keine Selbsteinsparung? «Nein, der Wiedereinstieg in die Welt der Rahmestiggli ist mir leicht gefallen», sagt sie. «Die Texte hat mir der neue Charivari-Regisseur Lucien Stöcklin schon vor Wochen nach Portugal geschickt. Ich war nicht so grossartig, und das Ensemble hat mich sehr gut aufgenommen.» Und: Was man einmal gelernt hat, vergisst man nicht so schnell. «Damals im Drummeli hat mir Regisseur Rolf Lansky sehr viel Entschuldigendes beigebracht», sagt Strouppi. «Dafür bin ich ihm bis heute dankbar.»

Für Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann (Grüne) handelt es sich um eine «Selbstdeklaration», die vom Staat verlangt wird. Die Behörden wollen bei denjenigen Unternehmen Stichproben durchführen, die einen Auftrag vom Kanton erhalten haben. Wenn ein Unternehmen gegen die Auflage verstos-

se, drohe eine Submissionssperre, wie Ackermann zur BaZ sagt.

«Unnötige Doppelstruktur»

Was das künftig bedeutet, wenn Basel beispielsweise weitere Tesla für die Polizei anschaffen will oder sonst Beschaffungen aus dem Ausland vorsieht, erklärt Ackermann so: «Grundsätzlich gelten die Anforderungen zur Gleichbehandlung von Mann und Frau gemäss Beschaffungsgesetz für alle Leistungen, die in der Schweiz erbracht werden. Für Leistungen im Ausland wird in der Selbstdeklaration die Einhaltung der ILO-Kernübereinkommen bestätigt.»

Der Basler Gewerbeverband lehnt diese neue Kontrollinstanz ab. «Es wird hier eine unnötige Doppelstruktur geschaffen», sagt Patrick Erny vom Gewerbeverband Basel-Stadt. Das Beschaffungsgesetz verlange bereits, dass die Gesamtarbeitsverträge sowie die vom Bund vorgeschriebene Gleichbehandlung von Mann und Frau eingehalten werde. «Das Amt für Wirtschaft und Arbeit wagt die Einhaltung dieser Vorgaben im Submissionswesen», sagt Erny. «Wir sehen nicht, warum es hier noch eine zusätzliche solche Struktur braucht, da der administrative Aufwand für die Betriebe im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ohnehin schon sehr hoch ist.» Der Pilovterusch hat gezeigt, dass der Zusatzaufwand der vorgesehenen Kontrollen für KMU beträchtlich ist, sagt Erny.

Mischa Hauswirth



«Mein Leben ist in Portugal, aber mein Herz ist hier, in Basel»: Adelheid Dörfinger, besser bekannt als Strouppi. Foto: Nicole Pont

als sie während der Herbstmesse einen Stand auf dem Petersplatz hatte und Produkte aus Portugal verkaufte; an die Zeit, als sie nebenher in der Hasenburg im

Service arbeitete; an ihren Mann, der 1971 gestorben ist.

Aber auch an die Zeit, als sie als ausgebildete Fotografin im elsässischen Fislis für eine

Dominik Heitz